

Abitur in nur acht Jahren erfordert Ganztagschule für alle

Bundesfachgruppenausschuss Gymnasien

Vorbemerkungen

Fast alle Bundesländer wollen die Schulzeit bis zum Abitur von neun Jahren auf acht verkürzen. Begründet wird dies damit, dass deutsche Abiturientinnen und Abiturienten im internationalen Vergleich zu alt seien und sie deshalb einen Wettbewerbsnachteil hätten.

Die Bundesfachgruppe Gymnasien ist nicht grundsätzlich gegen eine Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur. Sie stellt aber fest, dass das Vorgehen der Bundesländer pädagogisch gesehen konzeptionslos erscheint. Bei näherer Betrachtung der ersten Erfahrungen in Baden-Württemberg wird sogar deutlich, dass diese Schulzeitverkürzung zu weiteren Einschnitten in die Bildungshaushalte und somit zum Bildungsabbau genutzt werden soll.

Grundsätzlich ließe sich das Alter, in dem das Abitur abgelegt wird, durch unterschiedliche Maßnahmen senken:

- Eine **frühere Einschulung** wie in vielen Nachbarländern erfordert am wenigsten strukturelle und inhaltliche Veränderungen. Maßnahmen in dieser Richtung sind in einigen Bundesländern bereits beschlossen. Indem wie z.B. in Nordrhein-Westfalen die Altersgrenze zur Einschulung jährlich um 1 – 2 Monate vorverlegt wird, ergibt sich nach einigen Jahren ein Einschulungsalter von 5 Jahren und ermöglicht nach 13 Jahren das Abitur mit Erreichen der Volljährigkeit.
- Eine weitere Möglichkeit besteht in der **Komprimierung der Unterrichtszeit** ohne deren Kürzung. Dies hätte zur Folge, dass der Unterricht auf den gesamten Schultag verteilt werden müsste. Dies wäre mit einer flächendeckenden Einführung der Ganztagschule und hohem finanziellen Aufwand verbunden.
- Theoretisch wäre es auch denkbar, ein **Schuljahr ersatzlos zu streichen**, wobei dadurch auch Unterrichtszeit im entsprechenden Umfang wegfiel. Als individuelle Möglichkeit wird dies begabten Schülern seit langem angeboten, wird aber trotz Förderkursen kaum angenommen und schlägt somit nicht zu Buche.

Maßnahmen, die darauf beruhen, dass Unterrichtszeit gekürzt wird, finden derzeit noch ihre formale Grenze an dem von der Kultusministerkonferenz vorgegebenen Rahmen von 265 Wochenstunden während der gesamten Schulzeit bis zum Abitur. Darüber hinaus ist eine Kürzung des Unterrichtsvolumens im europäischen Rahmen nur schwer zu rechtfertigen, da Deutschland im internationalen Vergleich bereits heute vergleichsweise wenig Unterricht anbietet. Frankreich z.B. schult deutlich früher ein und erteilt trotz kürzerer Schulzeitdauer insgesamt mehr Unterrichtsstunden pro SchülerIn als Deutschland.¹

Auch das schlechte Abschneiden Deutschlands bei internationalen Vergleichsuntersuchungen legt eine deutliche Kürzung des Unterrichtsvolumens nicht nahe.

Schulzeitverkürzung erzeugt Leistungsdruck und verstärkt die soziale Ungleichheit

Die Bundesländer schlagen deshalb einen Mittelweg zwischen Komprimierung des Unterrichtsvolumens und Kürzung von Unterrichtszeit ein. Die Kürzungen erfolgen durchweg in der Sekundarstufe I.

¹ Bereits in der Grundschule erhalten französische Kinder etwa ein Drittel mehr Unterricht als deutsche. In den Sekundarstufen umfasst die Stundentafel in Frankreich zwischen 27 und 32 Unterrichtsstunden á 55 Minuten (~ 33 bis 40 Stunden á 45 Minuten), Eurybase

Über die Auswirkungen liegen aus Bundesländern, die wie Baden-Württemberg und Bayern das achtjährige Gymnasium (G8) bereits flächendeckend eingeführt haben, erste Erfahrungen vor:

1. Da (zumindest bis zu einem entsprechenden Beschluss der KMK) das Unterrichtsvolumen nicht beliebig verringert werden kann, führt Schulzeitverkürzung zu einer Stoffverdichtung und einer erhöhten zeitlichen Belastung für Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I.
2. Die Schulzeitverkürzung bei mehr Unterrichtsstunden pro Schuljahr erzwingt ad hoc einen ganztägigen Schulbetrieb, für den weder die räumliche Ausstattung noch die übergangsweise zusätzlich erforderlichen LehrerInnen vorhanden sind – ganz zu schweigen von Kantine und Essenangebot, wie in Industriebetrieben selbstverständlich.
3. Im Zusammenhang mit den bundesweit in die Wege geleiteten inhaltlichen und methodischen Reformen werden die Anforderungen an Schülerinnen und Schüler, besonders im Hinblick auf die erwarteten methodischen und personalen Kompetenzen, erhöht.
4. Die Durchlässigkeit zwischen den Schularten nimmt weiter ab, da das Gymnasium den mittleren Abschluss bereits nach der 9. Klasse vergibt, die anderen Schularten dagegen erst nach der 10. Klasse.
5. Trotzdem ist der Trend zum Gymnasium ungebrochen. Es ist aber zu erkennen, dass Eltern, die ökonomisch dazu in der Lage sind, versuchen, den erhöhten Druck durch privaten Nachhilfeunterricht für Ihre Kinder aufzufangen. (In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass der bundesweite Trend zu zentralen Prüfungen einen gezielten Nachhilfeunterricht erleichtert und damit die Schulen „von Unterricht entlastet“.)
6. Unter diesen Bedingungen formieren sich viele Eltern und fordern die Reduzierung des Unterrichtsvolumens, weil sie erkennen, dass Schulunterricht in dieser Form ihren Kindern nicht bekommt. Dabei fordern sie eine bessere Förderung und Betreuung ihrer Kinder. Dagegen wird die Forderung nach Einführung einer Ganztagschule nur von bildungspolitisch informierten Eltern erhoben.
7. In der Übergangsphase vom 9-jährigen zum 8-jährigen Gymnasium entsteht durch die parallel vorzuhaltenden Bildungsgänge ein erheblicher personeller Mehrbedarf. Dieser ist in keinem der betroffenen Bundesländer gegenfinanziert. Gleiches gilt auch für infrastrukturelle Maßnahmen infolge des ganztägigen Unterrichts.

Schulzeitverkürzung als Teil einer Sparstrategie

Fakt ist, dass die von den Bundesländern derzeit verfolgte Strategie der Schulzeitverkürzung wenig geeignet ist, Sparpotenziale freizusetzen. Ein nennenswerter Spareffekt lässt sich nur durch weitere deutliche Kürzung des Unterrichtsangebots während der gesamten Schulzeit erreichen. Insofern dürfte ein massiver Elternprotest, der mit einer entsprechenden Forderung verbunden ist, den Landesregierungen nicht unangelegen sein.

Wenn man die derzeitige Rechenakrobatik im Zusammenhang mit der Einhaltung des 265-Stunden-Unterrichtsvolumens in der Kultusministerkonferenz verfolgt, kann man feststellen, dass dieses real in vielen Bundesländern bereits unterschritten ist. Es dürfte eine Frage der Zeit sein, bis die KMK unter Hinweis auf die föderalen Rechte den drängenden Forderungen etlicher Bundesländer die Festlegung des Unterrichtsvolumens den Ländern überlassen wird.

Vor diesem Hintergrund erscheint der Streit um Bundesmittel für Ganztagschulen in neuem Lichte. Waren die Länderchefs über die Bundesmittel deshalb so aufge-

bracht, weil gut ausgestattete Ganztagschulen den Elternwunsch nach weniger Unterrichtsstunden obsolet machen würden?

Der Weg zum Abitur muss für alle Jugendlichen offen sein

Für die GEW ist die Frage, nach wie vielen Jahren das Abitur vergeben werden soll, abhängig von einem schlüssigen Konzept für das gesamte Bildungswesen. Es muss darauf beruhen, allen Jugendlichen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, den Weg zum Abitur zu ermöglichen. Dieses muss die vorschulische Bildung, die Schulstruktur, schulische Förderkonzepte zur Vermeidung des Sitzenbleibens und die Hochschulbildung umfassen. Nicht zuletzt muss in einem öffentlichen Prozess wieder ein Konsens über die zum Abitur zu erwerbenden Kompetenzen herbeigeführt werden.

Die GEW wird alle Beschlüsse im Zusammenhang mit der Reduzierung der Schulzeit an folgenden zentralen Forderungen messen:

- **keine weitere Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung und**
- **flächendeckende Einführung einer Ganztagschule**

Pädagogisches Konzept einer Ganztagschule

Die folgenden Ausführungen erheben nicht den Anspruch eines geschlossenen Konzepts für eine Ganztagschule. Sie skizzieren in erster Linie Mindestanforderungen, die an ein solches zu stellen sind.

Die ausgeweitete täglich in der Schule verbrachte Zeit darf nicht nur aus Unterricht bestehen, der auf den ganzen Tag verteilt ist. Vielmehr ist sie eine Chance für eine veränderte Gestaltung des Schultages mit formellen und informellen Zeiten sowie gemeinsamen und individuellen Phasen. Ein solches Konzept, das allen Jugendlichen zugute kommt, lässt sich am besten in einer gebundenen Ganztagschule realisieren.

Da sich die Bundesmittel für Ganztagschulen nur auf bauliche Maßnahmen beziehen, haben viele Kommunen die Mittel für den Bau von Küchen und Mensen genutzt. Die für die Realisierung eines pädagogischen Konzepts notwendigen Mittel wurden aber weder von den Kultusministerien noch von den Schulträgern in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt. Zusätzlicher personeller Bedarf wird in aller Regel über nicht ausreichend qualifiziertes Personal in prekären Beschäftigungsverhältnissen gedeckt.

Das Papier hat nicht die Absicht, ein geschlossenes Konzept für eine Ganztagschule darzustellen. Die folgenden Bedingungen sind im Sinne einer Zusammenstellung von Minimalstandards zu verstehen.

Die zentralen Forderungen der GEW an eine Ganztagschule sind:

- **Es muss ein pädagogisches Konzept für die gesamte an der Schule verbrachte Zeit vorliegen.**
- **Es müssen ausreichend materielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.**
- **Die verantwortliche Betreuung der Jugendlichen darf nur durch Lehrerinnen und Lehrer sowie ausgebildete Schulsozialpädagog/innen erfolgen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse lehnt die GEW ab.**

Darüber hinaus beziehen sich die Forderungen der GEW auf folgende Bereiche:

Pädagogische Forderungen

- Rhythmisierte Schultage

- erweiterte Lernangebote, soziales Lernen und individuelle Fördermaßnahmen sind in die Konzeption einzubeziehen.
- Gemeinsame und individuelle Freizeitgestaltung soll fester Bestandteil des Konzeptes sein
- Bedürfnisse der Schüler/innen sollen altersgerecht aufgegriffen werden.
- Freiraum für alternative Unterrichtsformen (z.B. Projektarbeit)
- Vormittags- und Nachmittagsaktivitäten sollen einem konzeptionellen Zusammenhang stehen

Räumliche und sächliche Voraussetzungen

- Mensa, in der regelmäßig ein warmes Mittagessen bereitgestellt wird
- ausreichende Ausstattung mit zusätzlichem pädagogischen Personal
- ein erweitertes Raumangebot und zusätzliche Lehr- und Lernmittel

Arbeitsbedingungen der Lehrenden

- weitere Lehrerzuweisungen
- Einbeziehung der Arbeit im Ganztagsangebot in die bezahlte Arbeitszeit
- Relation von Schüler-Lehrerstunden nachhaltig verbessern
- Individuelle Arbeitsplätze für Lehrende
- ggf. Zimmer für Lehrende statt Klassenzimmer
- Räume, die einen Rückzug ermöglichen